

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 30. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011**

**am Donnerstag, den 12.11.2009.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr**

**Sitzungsende: 22:40 Uhr**

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Heijo Hoß (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Christina Krantz, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl, Alexander Steiß, Elisabeth Wege

**SPD-Fraktion**

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Werner Knobloch, Kurt Barth, Brunhilde Born, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Barbara Muzzolini (ab 20.20 Uhr), Hans-Herbert Pletsch, Jürgen Rabenau, Reiner Sauer

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Ansgar Kraiker

**FDP-Fraktion**

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender), Gunter Heuser

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender –ab 20.35 Uhr), Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün (ab 20.10 Uhr), Winfried Laucht

**Fraktionslos**

Lothar Potthoff

**Entschuldigt:**

**Von der CDU-Fraktion**

Jost-Hendrik Kisslinger, Konrad Ammenhäuser

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Reinhard Ahrens

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Muth, Reinhard Karber, Karl-Heinz Kraft, Kurt Wenz, Otto Weimar, Helge Fuhr, Dagmar Kemmerling, Helmut Wenz, Thomas Nuhn, Helmut Paulsen

**Entschuldigt fehlten:**

Stefan Bug und Frank Dieffenbach

**Schritfführerin:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Neufassung der Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn)**  
10/6/2009/06-11
4. **Neufassung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn)**  
10/31/2007/06-11 1. Ergänzung
5. **Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008**  
10/26/2009/06-11
6. **Ehrung verdienter Sportlerinnen/ Sportler, Mitbürgerinnen/ Mitbürger, Mannschaften**  
31/13/2009/06-11
7. **1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2009**  
20/16/2009/06-11
8. **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.10.2009 hinsichtlich der Erhaltung der Finanzausstattung der Kommunen**  
20/18/2009/06-11
9. **Gemeinsamer Antrag der CDU- und FBW-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Festlegung des Termins für die Bürgermeisterwahl und des Termins für eine eventuelle Stichwahl 2010**  
10/27/2009/06-11
10. **Anfragen**
11. **Verschiedenes**

**Inhalt der Verhandlungen:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.00 Uhr die Gemeindevertretersitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Schriftführerin, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Vertreter der Presse und die anwesenden Gäste.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 31 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 25 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Herr Hoß gratulierte folgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag: Helle Grün, Barbara Muzzolini, Dagmar Kemmerling, Rainer Pfeffer, Stefan Bug, Reinhard Ahrens, Frank Dieffenbach, Hilmar Stahl, Kurt Barth und Christian Fischer.
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Muth gratulierte Herrn Ortsvorsteher Hans-Heinrich Schmidt aus Wenkbach zum Erhalt des Landesehrenbriefes. Er bedankte sich für dessen ehrenamtliches Engagement für den OT Wenkbach und die Gemeinde.

**Mitteilungen:**

- a) Beschluss, das von Herrn Dr. Siegfried Becker vorgeschlagene Konzept bezüglich der Erstellung von Gemeindechroniken aufzunehmen und hinsichtlich des weiteren Vorgehens zunächst mit Vertretern des OT Allna und Niederwalgern, dem Chronisten Tom Engel und Herrn Dr. Becker ein Gespräch zu vereinbaren.
- b) Beschluss, die Planungsleistungen (Änderung des Flächennutzungsplanes, Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan für die geplante Ortsrandgestaltung von Wolfshausen) durch das Ing.büro Gringel aus Marburg zum Honorar in Höhe von 10.255,49 € durchführen zu lassen.
- c) Beschluss, die Fläche in der Gemarkung Wenkbach, Flur 5, Flurstück 66, in der Größe von 3.889 m<sup>2</sup> zu erwerben.
- d) Beschluss, die beiden auszusondernden Feuerwehrfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Allna und Wolfshausen der Partnergemeinde Slupca kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- e) Der Gemeindevorstand stimmt der Bauleitplanung der Stadt Marburg, „Neues Gebäude der Philipps-Universität Marburg“, zu.
- f) Der Gemeindevorstand stimmt der Bauleitplanung der Stadt Marburg: „Erweiterung des alten TÜV Standortes im Bereich Cappeler Straße“ zu.
- g) Beschluss, den Auftrag Dachsanierungsarbeiten am Bürgerhaus in Wolfshausen an die Fa. Lang in Höhe von 2.637,04 € zu erteilen.
- h) Beschluss, den Auftrag für die Ausschreibung Bürgerhaus Niederweimar für die Leistungsphase 6 in Höhe von Brutto 3.625,80 € dem Ingenieurbüro Gröning zu erteilen.
- i) Beschluss, die Ingenieurleistung für die Erstellung der Einleiteträger für die Regenüberläufe R10 in Kehna und R16 in Niederwalgern an das Ingenieurbüro Bier, Marburg, zu vergeben.
- j) Beschluss, die Firma Ludwig Pfeiffer, Hoch und Tiefbau GmbH & Co KG für zusätzliche Leistungen der Kanalisierung der Zustandsklasse 1 in geschlossener Bauweise im OT Niederwalgern in Höhe von 66.400,-- € zu beauftragen.
- k) Beschluss, Geburtstage ab dem 70. Lebensjahr im gemeindlichen Mitteilungsblatt unter der Rubrik „Unsere Jubilare“ zu veröffentlichen.
- l) Beschluss, die Gemeindeverwaltung und den Bauhof von Montag, 28.12. bis Mittwoch, 30.12.2009 zu schließen.
- m) Beschluss, dem Einbau von ein bis zwei Kindertoiletten sowie einem Kinderwaschbecken im Kindergarten Niederweimar auf der Grundlage der geschätzten Kosten von Brutto ca. 7.378,-- € zuzustimmen.
- n) Beschluss über die gebührenfreie Annahme von Ast- und Strauchschnitt aus Privathaushalten auf dem Zwischenlagerplatz der Gemeinde Weimar. Die Festlegung zur Höchstmenge (Volumenbegrenzung) wird von der Verwaltung ermittelt.

- o) Der Beschluss über die erneute Offenlage des Bebauungsplanes „Marburger Straße/Haydnstraße“ der Gemeinde Fronhausen bleibt unverändert wie im GVO-Beschluss vom 12.05.2009.
- p) Beschluss, die Errichtung einer Werbeanlage an dem Gebäude in der Herborner Straße 47 zu genehmigen.
- q) Beschluss, dem Antrag des TSV Niederweimar über die Nutzung der Gabionenwand „Am roten Weg“ zu Gewerbebezwecken zuzustimmen.
- r) Beschluss, die Ingenieurleistungen für die Kanalsanierung der Zustandsklasse 1 in geschlossener Bauweise im OT Niederweimar an das Ingenieurbüro Kolmer & Fischer, Linden, zum Honorarangebot in Höhe von 29.490,86 € zu vergeben.
- s) Beschluss, den Auftrag über die Herstellung eines Bürgersteiges zwischen der Straße „Haddamshäuser Weg“ und der Straße „Am Baumgarten“ an die Firma Barth in Höhe von 7.607,65 € incl. der gesetzlichen MWSt. zu erteilen.
- t) Beschluss, den Auftrag Stellplatzflächen am Sportlerheim in Niederweimar der Fa. Barth in Höhe von Brutto 12.947,20 € zu erteilen. Ausgeführt wird die Pflasterfläche mit „La Strada“ der Fa. Rinn.
- u) Beschluss, der Fa. Lemmer, Roth, den Auftrag für die Heizungsfachplanung des Bürgerhauses Niederweimar und dem Kindergarten Niederwalgern in Höhe von zusammen 16.708,25 € zu erteilen.
- v) Für die Zeit vom 28. bis 31.05.2010 besteht eine Einladung der Partnergemeinde Slupca.

### **3. Neufassung der Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache: 10/6/2009/06-11

Stellvertretender Vorsitzender des HFWA, Herr Kurt Barth, berichtete von den Beratungen in mehreren Sitzungen und dem Wunsch des Ausschusses zu § 23 „Formen der Aschenbeisetzung“ in den Entwurf einzuarbeiten. Dies sei erfolgt.

Der Ausschuss empfehle daher die Annahme des vorliegenden, im Ausschuss erarbeiteten Entwurfs.

Herr Wilfried Laucht (FBW) erklärte, dass seine Fraktion im Nachhinein die einzelnen Passagen noch mal diskutiert habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, den § 10 dahingehend zu verändern, dass auch freitags Bestattungen von 9.00 bis 15.00 Uhr standartmäßig und ohne Ausnahme des Gemeindevorstandes möglich sein können. Zur Begründung führte er aus, dass die Gemeinde Weimar (Lahn) ländlich geprägter Raum sei und Beerdigungen vormittags in unserer Region nicht üblich seien.

Die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Stephan Wenz, und Bündnis 90/Die Grünen, Lydia Schneider, sprachen sich dafür aus, es bei der Regelung, die jetzt im Entwurf beinhaltet ist, Bestattungen bis lediglich 14.00 Uhr zuzulassen, zu belassen. Zumal man sich vor Augen führen müsse, dass erst ab 15.00 Uhr die Grabstelle frühestens verschlossen werden könne und unter Berücksichtigung der sich noch anschließenden Arbeiten jeweils für das Personal Überstunden anfielen.

Christina Krantz (CDU) sprach sich für ihre Fraktion für eine Änderung bis 15.00 Uhr aus und Christian Fischer (FDP) ließ für seine Fraktion die Abstimmung offen.

Sodann ließ der Vorsitzende der Gemeindevertretung über den weitergehenden

Antrag, im § 10 Abs. 4 des Entwurfes der Friedhofsordnung für Freitagsbestattungen von 14.00 Uhr auf 15.00 Uhr zu ändern, abstimmen:  
**Abstimmungsergebnis:** 13 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung.

Damit ist der weitergehende Antrag der FBW abgelehnt.

Sodann stellte der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt entsprechend der Vorlage zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den vorliegenden Entwurf der Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn) als Satzung.

**Beratungsergebnis:** 24 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen

**4. Neufassung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache: 10/31/2007/06-11 1. Ergänzung

Der Vorsitzende des HFWA, Herr Alexander Steiß, berichtete von den Beratungen im Ausschuss und dass zur Beratung der Entwurf vorlag, in dem die zuvor gewünschten Änderungen eingearbeitet wurden. Da innerhalb der Fraktionen noch Beratungsbedarf bestand, hätten sich einige Mitglieder im Ausschuss der Stimme enthalten.

Dennoch empfehle der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss der Gemeindevertretung, dem vorliegenden Entwurf mit der Festlegung der Zahlen in Spalte 3 zuzustimmen.

Winfried Laucht (FBW) dankte der Verwaltung zunächst für die umfangreiche Arbeit, die mit der Erstellung der Gebührenordnung verbunden gewesen sei.

Der von dem HFWA mit den Stimmen der SPD angenommene Vorschlag erfülle nach Meinung seiner Fraktion nicht die Anforderungen an eine ausgabenorientierte und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Gestaltung der Friedhofsgebühren. Als Beispiel nenne er hier die Gebühren für den Grabaushub, die deutlich über den kalkulierten Kosten liege. Um sozial ausgewogene Gebühren zu erreichen, fordere seine Fraktion folgende Veränderungen:

§ 6 Abs. 1, Ziffer 3: Nutzungsrecht an einem Doppelgrab von 1.237,50 auf 990,-- € zu vermindern,

Ziffer 4: „Anpassung Doppelgrab mit Schrittplatten“ von 1.927,50 € auf 1.590,-- € zu vermindern,

Ziffer 8: Nutzungsrecht Wiesen-Doppelgrab von 1.237,50 auf 990,-- € zu reduzieren,

§ 7 Abs. 3 Bereitstellung des Erdcontainers für die Grabherstellung in Nachbarschaftshilfe von 256,-- € auf 180,-- € zu reduzieren.

Nach Meinung seiner Fraktion rechtfertige keine Regelung die Verdoppelung der Gebühr außerhalb der in der Friedhofsordnung festgelegten Beerdigungszeiten. Seine Fraktion fordere daher, den im Entwurf, § 7 Abs. 5, genannten Zuschlag in Höhe von 100 % auf 50 % zu reduzieren.

Seiner Fraktion sei bewusst, dass mit dieser Reduzierung der Deckungsgrad unter den angestrebten Deckungsgrad von 70 % falle.

Diesbezüglich beanstandete seine Fraktion wiederum, dass offenbar nicht über

Ausgabensenkungen, insbesondere bei der Unterhaltung der Friedhöfe, nachgedacht wurde, denn lediglich auf der Einnahmenseite, sprich Gebührenanhebungen, seien vorgenommen worden.

Da die Friedhöfe in unseren Ortsteilen überwiegend parkähnlichen Anlagen gleichen, sei es nach Meinung seiner Fraktion nicht korrekt, wenn die von einem Trauerfall Betroffenen die Kosten der Gesamtanlage, sprich die Pflege der gesamten Restfläche, mittragen müssen. Seine Fraktion beantrage daher, 10 % der Pflegekosten der Friedhöfe der Haushaltsstelle zur Pflege der Grünanlagen hinzuzurechnen.

Lothar Potthoff (fraktionslos) fragte, wie die einzelnen Schritte der Erhöhung zustande gekommen seien, da es bezüglich der Erhöhung unterschiedliche Prozentsätze gebe. Darüber hinaus wolle er wissen, wie es zu dem Zuschlag in Höhe von 100 % im § 7 Abs. 5 bei Bestattungen nach 14 Uhr komme. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Personaleinsatz der Bauhofmitarbeiter einen 100 %igen Aufschlag erfahre. Im Übrigen, so seine Meinung, sollte man auch auf Gemeindeebene zur Kenntnis nehmen, dass inzwischen der Freitag und auch der Samstag komplette Arbeitstage geworden seien.

Der stellvertretende Vorsitzende des HFWA, Herr Kurt Barth, antwortete, dass der Ausschuss in seiner ersten Sitzung am 29.09.09 versucht habe, einen Konsens zu finden, in welche Richtung man gehen wolle. Man habe sich dann auf das Erreichen eines Deckungsgrades von 70 % festgelegt. Zum Erreichen dieser Vorgabe seien verschiedene Vorschläge diskutiert worden: Zum einen die lineare Erhöhung, ein Alternativvorschlag, der auf Antrag der FBW erarbeitet wurde, erhielt dann eine besondere Berücksichtigung hinsichtlich der Urnengräber (gleicher Pflegeaufwand und teilweise gleiche Kosten bezüglich der Erstellung – Anfahrtswege -). Die Berechnung sollte auf Basis der aufgewendeten Stunden in 2008 ermittelt werden.

Herr Potthoff bat noch um Beantwortung seiner Frage, wie die Regelung bezüglich des 100 %igen Aufschlages auf die volle Gebühr bei Bestattungen nach 14.00 Uhr ermittelt worden sei.

Bürgermeister Muth antwortete, dass die Zahlen ermittelt wurden auf der Grundlage des Erreichens eines 70 %igen Deckungsgrades. Bezüglich des vorgesehenen Zuschlags in Höhe von 100 % sei die alte Satzung zugrundegelegt worden, bei der bereits der entsprechende Differenzbetrag eingetragen gewesen sei.

Lothar Potthoff (fraktionslos) erklärte, dass er es nicht für gerechtfertigt halte, dass den Personen, die eine Bestattung nach 14.00 Uhr, aus welchen Gründen auch immer, ansetzen, die doppelte Gebühr zu entrichten hätten.

In der weiteren Diskussion einigten sich die Fraktionen darauf, eine kurze Unterbrechung der Sitzung zu beantragen, um sich zunächst innerhalb der Fraktionen nochmals zu beraten.

Der Vorsitzende unterbrach sodann die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende die Änderungsanträge in einzelnen Positionen zur Beschlussfassung:

Antrag der FBW

§ 6 Abs. 1 Ziffer 3: Nutzungsrecht Doppelgrab:

Statt 1.237,50 € auf 990,-- €

**Abstimmungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Antrag der FBW

§ 6 Abs. 1 Ziffer 4: Doppelgrab mit Schrittplatten:

Von 1.927,50 € auf 1.590,-- €

**Abstimmungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Antrag Lothar Potthoff (parteilos)

§ 6 Abs. 1 Ziffer 5: Für ein Urnengrab:

statt 160,00 € auf 400,-- €

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag Lothar Potthoff (parteilos)

§ 6 Abs. 1 Ziffer 6: (Urnengrab mit Schrittplatten)

statt 315,00 € auf 787,50 €

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der FBW

§ 6 Abs. 1 Ziffer 8: Wiesen-Doppelgrab:

von 1.237,50 € auf 990,-- € zu reduzieren

**Abstimmungsergebnis:** 15 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Antrag der FBW

§ 7 Abs. 3: Erdcontainer für Nachbarschaftshilfe:

von 256,-- € auf 180,-- €

**Abstimmungsergebnis:** 18 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Antrag der FBW

§ 7 Abs. 5: Für Bestattungen außerhalb der Bestattungszeiten gemäß § 10 Abs. 4 der Friedhofsordnung wird statt 100% ein Zuschlag in Höhe von 50 % der vollen Gebühr berechnet.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

Auf die Frage von Herrn Kurt Barth (SPD), inwieweit der Deckungsgrad aufgrund der vorgenannten Änderungen sinke, antwortete Herr Hans J. Heuser (FBW), dass sie einen Deckungsgrad von etwa 62 bis 65 € ermittelt hätten. Allerdings, so führte Herr Heuser weiter aus, könne ein Erreichen des gewünschten Deckungsgrades nicht nur mit Gebührenanhebungen erfolgen, sondern konsequenterweise gehörten hierzu auch Einsparungsmaßnahmen auf der anderen Seite.

Diese Äußerungen wurden von Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/die Grünen) unterstützt. Ihre Fraktion sehe auch an vielen Stellen nicht den Einsparungswillen.

Dr. Dittrich (CDU) erklärte ebenfalls, dass die Verwaltung gefordert sei, eine weitere Anhebung des Deckungsgrades dadurch zu erreichen, dass Möglichkeiten der Einsparung genutzt und auch angewendet werden sollen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den vorliegenden Entwurf mit den zuvor in Spalte 4 beschlossenen Änderungen der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn).

**Beratungsergebnis:** 18 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

**5. Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008**

Drucksache: 10/26/2009/06-11

Hierzu berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, von den Beratungen im Ausschuss. Beraten worden sei die Darstellung der Friedhofsabrechnung Niederweimar, auch die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung. Weiterhin sei Thema der Diskussion die Entwicklung der Personalkosten im Kreisdurchschnitt gewesen. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung, dem Gemeindevorstand für die Jahresrechnung 2008 Entlastung zu erteilen.

Herr Hans J. Heuser (FBW) sprach den Anstieg der Personalkosten von 20,9 auf 22,7 % an und dass der Kreisdurchschnitt bei 13,9 % liege. Teilweise sei bewusst eine Erhöhung in Kauf genommen worden aufgrund der besseren personellen Ausstattung bezüglich der Kinderbetreuung in den Kindergärten. Seine Fraktion fordere den Bürgermeister auf, bei der Erstellung des Haushaltes 2010 darauf zu achten, dass sich die Personalkosten nicht weiter derartig erhöhen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, dem Gemeindevorstand zur Jahresrechnung 2008 Entlastung zu erteilen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**6. Ehrung verdienter Sportlerinnen/ Sportler, Mitbürgerinnen/ Mitbürger, Mannschaften**

Drucksache: 31/13/2009/06-11

Bürgermeister Muth berichtete, dass der Gemeindevorstand der Gemeindevertretung vorschlage, folgende Personen in der Jahresabschlussitzung der Gemeindevertretung im Dezember 2009 zu ehren:

**a) Sportlerinnen/Sportler:**

1. David Wagner, geb. 29.01.2002, Wolfshausen:  
Vize-Hessenmeister 2009 der Klasse U9 im Mountainbikefahren
2. Moritz Petri, geb. 15.08.1991, Niederweimar:  
Weltmeister und Weltranglistengewinner im Wakeboarding 2009
3. Jörg Penndorf, geb. 04.06.1951, Niederweimar:  
Weltmeister im 20-Kampf der Klasse M50
4. Toni Breul, geb. 14.09.1999, Niederwalgern:  
Hessenmeister im Degenfechten
5. FSG Südkreis Senioren:  
Meister der Kreisoberliga 2008/2009

**b) Ehrenamtliche Mitbürger:**

Willi Scherer, geb. 30.09.1929, Wenkbach:  
Herr Scherer engagiert sich seit ca. 50 Jahren ehrenamtlich zunächst in der TuSPo 05 Wenkbach, danach in der SG Niederwalgern und begleitet dort zahlreiche Ämter.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die vom Gemeindevorstand vorgeschlagenen Sportlerinnen/Sportler und ehrenamtliche Mitbürger in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 17.12.2009 für ihre sportlichen Erfolge bzw. ihr ehrenamtliches Engagement zu ehren:

- a) 1. David Wagner, Wolfshausen
2. Moritz Petri, Niederweimar
3. Jörg Penndorf, Niederweimar
4. Toni Breul, Niederwalgern
5. FSG Südkreis Senioren
6. Willi Scherer, Wenkbach

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

## 7. 1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2009

Drucksache: 20/16/2009/06-11

Bürgermeister Muth erläuterte, dass bei der Erstellung des I. Nachtrages zum doppelhaushaltigen Haushalt die Gestaltung in Anlehnung an die bisherigen Ausfertigungen gewählt wurde, um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten. Bezüglich des ausgewiesenen Fehlbetrages im Ergebnishaushalt in Höhe von 933.230,-- €, der ein Plus von 235.350,-- € beinhaltet, seien die Kosten für die Anschaffung der Abfallgefäße und die Ausschreibungskosten für die Durchführung der Müllabfuhr von zusammen 83.500,-- € enthalten, die im Rahmen des Jahresabschlusses mit einer Entnahme aus der Abfallgebührenrücklage finanziert werde.

Der aktuell im Nachtrag ausgewiesene erhöhte Fehlbetrag reduziere sich daher bei den Jahresabschlussbuchungen um 83.500,-- € auf 849.730,-- €.

Zu den Veränderungen im **Ergebnishaushalt** nahm Bürgermeister Muth wie folgt Stellung:

Entgegen des allgemeinen negativen Trends zu den Einnahmen aus der Gewerbesteuer habe die Gemeinde Mehreinnahmen in Höhe von 176.000,-- € verbuchen können. Dadurch können, zumindest teilweise, der reduzierte Anteil an der Einkommensteuer von 293.800,-- € sowie die verminderten Schlüsselzuweisungen in Höhe von 49.500,-- € aufgefangen werden. Der Abwassergebührenhaushalt enthalte eine Mehreinnahme von 42.500,-- €, die genutzt werden konnte zur Deckung des erhöhten Beitrag an den Abwasserverband in Höhe von 2.650,-- € und den Ausgabenansatz für den Unterhaltungsaufwand von zusätzlich 39.850,-- €.

Durch die Nachbesetzung für eine Altersteilzeitmaßnahme und 2 geförderten Maßnahmen in Bereich des Bauhofes seien zusätzlich Mehrkosten in Höhe von 16.200,-- € entstanden. Hier sei vom Kreisjobcenter ein Betrag in Höhe von 40.500,-- € gewährt worden. Den veränderten Personalaufwendungen im Hauptamt, der Bauabteilung, im Kindergartenbereich und in der Grünanlagenpflege wurde ebenfalls Rechnung getragen. In diesem Zusammenhang wies Bürgermeister Muth darauf hin, dass die Gemeinde bereits in diesem Jahr den Personalschlüssel im Bereich des Kindergartens auf 1,75 Kräfte je Gruppe angehoben habe. Die Erstattung der hierdurch entstehenden zusätzlichen Personalkosten werde im kommenden Jahr zu verbuchen sein, so die Auskunft des Ministeriums.

Im Bereich des Feuerwehrwesens seien Mehreinnahmen in Höhe von 22.000,-- € zu verzeichnen, die durch vermehrte Hilfeleistungen (überwiegend Verkehrsunfälle) entstanden seien.

Für den Kindergarten Niederwalgern seien durch die Freistellungsmaßnahmen (letztes Kindergartenjahr) und eine geringere Belegungszahl Mindereinnahmen in Höhe von 17.000,-- € entstanden, wobei Mehreinnahmen in Höhe von 5.000,-- € durch Landeszuschüsse gebucht wurden.

Auch die zusätzliche Förderung der 3 Sportvereine mit jeweils 1.000,-- €, welches die Gemeindevertretung mit Beschluss vom 09.07.2009 festgelegt habe, sei berücksichtigt worden.

Die erhöhte Ausgabe für die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 24.900,-- € werde durch die reduzierte Kreis- und Schulumlage in Höhe von 28.300,-- € neutralisiert.

In den Nachtrag seien die Aufwendungen für den Erwerb der Abfallgefäße in Höhe von 75.000,-- € und die Ausschreibungskosten für die Durchführung der Müllabfuhr in Höhe von 8.500,-- € aufgenommen worden und durch die Entnahme aus der Abfallgebührenrücklage in Höhe von 83.500,-- € finanziert. Der ausgewiesene erhöhte Fehlbetrag verringere sich daher im Rahmen des Jahresabschlusses um diese 83.500,-- €

#### **Zu den Veränderungen im Finanzhaushalt:**

Im Bereich der Einzahlungen verringere sich der Betrag von 86.000,-- auf 83.000,-- € aus der reduzierten Investitionspauschale des Landes Hessen.

Die Anträge der Sportvereine wurden im Bereich der Auszahlung mit zusätzlich 7.500,-- € für Investitionszuschüsse berücksichtigt:

Schützenverein Niederweimar: Zaun und Wärmedämmung =	3.482,43 €
Wanderclub Oberweimar: Dachsanierung der Grillhütte =	2.215,80 €
MSV Lahnberge: Gerätehalle =	917,80 €
SC Roth/Argenstein: Teilstück Barriere =	916,96 €
SG Niederwalgern/Wenkbach: Beregnungsanlage =	600,00 €
Schützenverein Niederweimar: Luftpistole =	299,60 €

Für die zu erneuernde Walgerbachbrücke in Niederwalgern mussten 43.600,--€ außerplanmäßig aufgewendet werden, die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 110.000,-- €.

Die zunächst für 2009 vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen seien aus dem vorliegenden Entwurf des Nachtrages herausgenommen worden, da die Planungsarbeiten für das Jahr 2010 und die Durchführung für 2011 vorgesehen seien.

Durch die Aktualisierung dieser Maßnahmen konnte die Kreditaufnahme von bisher 321.900,-- € auf nunmehr 236.600,-- € reduziert werden.

Insgesamt spiegele dieser Nachtrag die negative Entwicklung im kommunalen Einnahme- und Ausgabebereich sehr deutlich wider, so Bürgermeister Muth. Durch diese Entwicklung, die auch in anderen Kommunen nicht anders aussehe, verschlechtern sich die Rahmenbedingungen zunehmend. Die Wirtschaftskrise sei deutlich auch bei den Kommunen angekommen.

Jeder zusätzliche Griff in den Geldbeutel der Gemeinden und Städte, wie er derzeit von der Landesregierung z.B. mit der Entnahme von 400 Mio. € aus dem kommunalen Finanzausgleichsstock geplant sei, verpflichte die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter unmissverständlich dazu, die Gebühren anzuheben und das Geld von den Bürgern in die Gemeindekasse zurückzuholen.

Sein Appell gehe an die Politiker auf allen Ebenen, hier endlich zu handeln und eine Gemeindefinanzreform einzuführen, die den Kommunen den Handlungsspielraum wiedergebe, den sie dringend benötige.

Er appelliere an die Politiker aller Coleur, insbesondere an die Koalitionspartner

in Berlin. Es sei an der Zeit, dass die Verantwortlichen bei ihren Entscheidungen auch berücksichtigen, wer was zu finanzieren habe. So sei eine vorgesehene Erhebung von 19 % Mehrwertsteuer z.B. im Bereich Abwasser nur eine Einnahme für die Bundeskasse, die über erhöhte Gebühren von den Bürgern bezahlt werden müssen. So lange nicht die Politiker auf allen Ebenen grundlegend umdenken, werde die finanzielle Last immer wieder nach unten verteilt und bliebe letztlich an den Gemeinden und somit an den Bürger hängen. Er lege nun im Namen des Gemeindevorstandes den I. Nachtrag zum doppelten Haushalte 2009 vor und bat um Beratung und Zustimmung.

Hans J. Heuser (FBW) stellte den Antrag, den soeben eingebrachten I. Nachtrag zum doppelten Haushalt 2009 an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den vom Gemeindevorstand eingebrachten Entwurf des 1. Nachtrages zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit seinen Anlagen (Haushaltsplan) zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

## **8. Antrag der SPD-Fraktion vom 29.10.2009 hinsichtlich der Erhaltung der Finanzausstattung der Kommunen**

Drucksache: 20/18/2009/06-11

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde von dem Fraktionsvorsitzenden Stephan Wenz vorgestellt.

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) möge beschließen:

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) bemängelt die von der Hessischen Landesregierung ab dem Jahr 2011 vorgesehenen zusätzlichen Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. € und fordert die Landesregierung auf, diese Kürzungspauschale zurückzunehmen.

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) fordert die Landesregierung auf, in ihrer weiteren Finanzplanung die Verbundmasse in Höhe von 23 % beizubehalten und die Finanzausgleichsmasse nicht zu Gunsten des Landes zu schmälern.

### **Begründung:**

In der Finanzplanung für die Jahre 2008 bis 2012 beabsichtigt die Landesregierung, dem kommunalen Finanzausgleich 400 Mio. € zu entziehen. Die Herausnahme dieser 400 Mio. € kommt einer neuen Aktion „Düstere Zukunft II“ gleich. Diese Kürzungen würden bei der ohnehin schon angespannten Finanzlage unserer Gemeinde den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen spürbar verlangsamen, unsere Zuwendungen an Vereine und ehrenamtliche Strukturen in Frage stellen und unser gut ausgebautes System kommunaler sozialer Leistungen nachhaltig beeinträchtigen.

Damit provoziert die hessische Landesregierung nach 2004 eine neue Welle des Abbaus sozialer und bürgerschaftlicher Leistungen und belastet unsere Gemeinde in erheblicher Weise. Dies gefährdet nicht zahlreiche Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge, sondern beschneidet die hessischen Kommunen massiv und über das zulässige Maß hinaus in ihrem Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Es ist widersinnig, mit dem Konjunkturpaket II die Investitionstätigkeit für Kindergärten, den Straßenbau und die Renovierung von Bürgerhäusern

anzukurbeln, aber dann nahezu gleichzeitig die Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich und damit die finanziellen Handlungsspielräume der hessischen Kommunen zu beschneiden.

Auf die Frage von Hans J. Heuser (FBW), wie viel von den in der Kürzung beabsichtigten 400 Mio. € die Gemeinde nicht bekomme, führte Herr Stephan Wenz (SPD) aus, dass er es nicht genau benennen könne, er rechne mit etwa 5 % Einbuße.

Alexander Steiß (CDU) führte aus, dass er es immer für richtig und sinnvoll halte, wenn die Kommunen sich darüber beklagen, wenn ihnen finanzielle Mittel gekürzt werden sollen.

In der Vergangenheit habe man sich jedoch stets von allen Seiten bemüht, im Gemeindeparlament die Dinge zu diskutieren, für die das kommunale Parlament auch zuständig sei. Allein durch die Tatsache, dass das Gemeindeparlament über diesen Antrag entscheide, werde sich jedoch nichts ändern. Die Gemeinde sei zwar betroffen, allerdings nicht zuständig. Vielmehr sei es Aufgabe der Kommunalen Spitzenverbände, sich hierzu zu äußern, was sie mit Sicherheit auch tun würden. Weiterhin sei es Aufgabe des Finanzministers, sich dieser Kritik zu stellen.

Er, so Herr Steiß, gehe davon aus, dass die Hessische Landesfraktion der SPD gegen dieses Vorgehen klagen werde, da ein Eingriff in das Recht auf kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden über das zulässige Maß hinaus rechtswidrig sei. Er vermute allerdings, dass es nicht zu einer Klage komme, denn bisher habe selbst das Bundesverfassungsgericht nicht festgelegt, welche finanzielle Ausstattung man zur kommunalen Selbstverwaltung benötige.

Selbstverständlich sei die beabsichtigte Kürzung der finanziellen Zuwendungen an die Gemeinden mehr als ärgerlich, die Begründung hierfür jedoch absurd. Seine Fraktion werde daher aus den vorgenannten Gründen diesen Antrag nicht unterstützen.

Insofern war die Antwort von Hans J. Heuser (FBW), was denn passiere, wenn der Antrag verabschiedet würde, mit der Antwort des Herrn Steiß bereits beantwortet. Seine Fraktion, so Herr Heuser, könne dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen, wenn sie umbenannt würde in eine Resolution an den Hessischen Finanzminister.

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass seine Fraktion selbstverständlich bereit sei, den Antrag in eine Resolution abzuändern. Wenn das alle Kommunen so handhaben und an die Landesregierung weitergeben, könnte das evtl. zumindest mal zum Nachdenken anregen.

Herr Steiß (CDU) bekräftigte noch einmal, dass hierzu der richtige Weg über die Kommunalen Spitzenverbände zu nehmen sei, die in jedem Fall von der Landesregierung angehört werden und die die Interessen der Kommunen vertreten.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Potthoff (fraktionslos) sehen den Inhalt und das Ansinnen der SPD-Fraktion für ehrenwert und angebracht, sahen aber eine Beschlussfassung aufgrund dieses Antrages ins Leere laufen. Zumindest sollte daraus eine Resolution formuliert werden. Herr Potthoff führte weiter aus, dass diese Resolution natürlich an den Städte- und Gemeindebund zu richten sei. In diesem Zusammenhang habe die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt, bereits sehr deutlich und massiv an die Adresse von Bundes- und Landesregierung gesagt, was passieren werde, wenn die Kommunen aufgrund mangelnder finanzieller Mittel nicht mehr handlungsfähig sein werden.

Es gebe im Kreis Marburg-Biedenkopf die ersten Kommunen, die die Mittel aus

dem Investitionsprogramm zurückgegeben hätten, weil sie den Eigenanteil und die Folgekosten nicht aufbringen könnten. Er mutmaße, dass es keine 5 Jahre mehr dauere, bis die ersten Kommunen in Deutschland pleite seien. Daher gelte es, sich zu wehren und deutlich zu formulieren.

Herr Fischer (Fraktionsvorsitzender FDP) erklärte, dass er die Ausführungen von Herrn Steiß nachvollziehen könne. Er könne allerdings auch verstehen, dass die Vereinigung der Kommunalpolitiker aller Parteien sich mit solchen Themen befassen, er meinte jedoch, dass dieses Thema dort belassen werden solle, wo es zielführend zum Erfolg führe. Seine Fraktion werde daher diesem Antrag so nicht zustimmen können.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass seine Fraktion sich damit einverstanden erkläre, wenn dieser Antrag in eine „Resolution“ umformuliert werde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Hoß, ließ sodann darüber abstimmen, ob der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion in eine Resolution abgeändert werden solle.

**Abstimmungsergebnis:** 11 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag nicht in eine Resolution geändert.

Sodann ließ der Vorsitzende der Gemeindevertretung über den vorliegenden Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt wie folgt:

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) bemängelt die von der Hessischen Landesregierung ab dem Jahr 2011 vorgesehenen zusätzlichen Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. € und fordert die Landesregierung auf, diese Kürzungspauschale zurückzunehmen.

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) fordert die Landesregierung auf, in ihrer weiteren Finanzplanung die Verbundmasse in Höhe von 23 % beizubehalten und die Finanzausgleichsmasse nicht zu Gunsten des Landes zu schmälern.

**Beratungsergebnis:** 11 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen, 3 Stimmenthaltungen  
Damit ist der Antrag abgelehnt.

**9. Gemeinsamer Antrag der CDU- und FBW-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Festlegung des Termins für die Bürgermeisterwahl und des Termins für eine eventuelle Stichwahl 2010**

Drucksache: 10/27/2009/06-11

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Antrag der Fraktionen von CDU, FBW und Bündnis 90/Die Grünen vor:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

1. Der Termin zur Bürgermeisterwahl wird auf Sonntag, den 04. Juli 2010 festgelegt.
2. Eine etwaige Stichwahl findet am Sonntag, 18. Juli 2010 statt.

Die genannten Termine liegen im Bereich der entsprechenden Frist von max. 6 Monaten vor dem Beginn der Wahlperiode gemäß § 42 Abs. 3 HGO. Eine frühzeitige Entscheidung ist vor dem Hintergrund größtmöglicher Planungssicherheit für die Bewerber wünschenswert und daher anzustreben.

Auf die Frage von Herrn Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW), dass es darum gehe, für die Kandidaten nach erfolgter Wahl im Falle der Wahl oder Nichtwahl eine längere Zeit der Vorbereitung habe.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) erklärte, dass seine Fraktion sich gewünscht hätte, wenn aufgrund eines Tagesordnungspunktes über den Termin diskutiert worden wäre. So läge nun ein Antrag vor, wo sich 3 Fraktionen bereits festgelegt hätten. Aufgrund dieser beabsichtigten Terminierung, so Herr Wenz, falle eine mögliche Stichwahl in die Sommerferien. Aufgrund der Vermutung, dass viele Bürgerinnen und Bürger in dieser Zeit verreisen, schließe man einen Großteil der Wahlberechtigten von der Wahl aus. Sollte es zu einer Stichwahl kommen, was bei mehr als 2 Bewerbern passieren könne, müsse in jedem Fall eine Stichwahl stattfinden, die dann komplett in den Sommerferien liege.

Seine Fraktion schlage daher den 5. und 19. September 2010 vor. Diesbezüglich stelle er einen Änderungsantrag.

Herr Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) erklärte, dass sich die Antragsteller sicherlich Gedanken über den Wahltermin in Verbindung mit anstehenden Sommerferien gemacht hätten. Die antragstellenden Fraktionen sehen bezüglich dieses Termines vor und den evtl. Stichwahltermin in den Sommerferien keine Probleme, das habe bereits in anderen Gemeindeverbänden, wie im Landkreis Waldeck-Frankenberg, im vergangenen Sommer ebenfalls funktioniert.

Herr Sauer (SPD) meinte, dass durch diese Terminierung der Wahl ein Teil der Bevölkerung von der Wahlhandlung ausgeschlossen werde, und Frau Muzzolini ergänzte, dass diese Terminierung nicht zu einer familienfreundlichen Gemeinde passe. Herr Barth (SPD) ergänzte, dass durch diese Terminierung ein weiterer Rückgang der Wahlbeteiligung vermutet werden könne.

Frau Krantz (CDU) erklärte, dass im Prinzip von Mai bis Oktober Reisezeit für verschiedene Bevölkerungsgruppen sei und alle, denen dieser Termin wichtig sei, eine Möglichkeit zur Stimmabgabe hätten.

Sodann ließ der Vorsitzende der Gemeindevertretung über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion, den Wahltermin auf den 05.09. und eine evtl. Stichwahl auf den 19.09. zu terminieren, abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt..

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Termin für die Bürgermeisterwahl wird auf Sonntag, 04. Juli 2010 festgelegt.
2. Eine etwaige Stichwahl findet am Sonntag, 18. Juli 2010 statt.

**Beratungsergebnis:** 14 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen

## **10. Anfragen**

Der Vorsitzende stellte fest, dass schriftliche Anfragen nicht vorlägen.

#### **Mündliche Anfragen:**

- a) Lothar Potthoff (fraktionslos) führte aus, dass das Parlament vor einiger Zeit eine Reihe von Maßnahmen im Rahmen des Sonderinvestitionsprogrammes

beschlossen habe. Er wolle wissen, wie der Stand der Planungen sei und welche Anträge bereits gestellt wurden, da nach seiner Information bereits in 2009 mindestens 50 % der Mittel beantragt sein müssen, um sie auch zu erhalten.

So habe die Gemeinde Cölbe z.B. einige Mittel zurückgegeben, da sie sich nicht in der Lage sehe, Schuldendienst und Folgekosten zu tragen. Wie sehe es damit in der Gemeinde Weimar (Lahn) aus?

Bürgermeister Muth antwortete, dass für die von der Gemeindevertretung beschlossenen Maßnahmen, die mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II saniert werden sollen, die Ausschreibung auf den Weg gebracht wurde, die Submission sei noch nicht erfolgt. Das werde Ende November/Anfang Dezember 2009 der Fall sein. Danach werden die Ergebnisse feststehen, so dass die Gemeinde völlig im Zeitplan sei.

Er habe auch die Information, dass die Gemeinde Cölbe einige Maßnahmen wieder zurückgezogen habe, inwieweit das für Weimar zutreffen könnte, könne erst gesagt werden, wenn die Submissionsergebnisse vorliegen. Zum derzeitigen Zeitpunkt habe sich der Gemeinde hiermit noch nicht auseinandergesetzt.

- b) Frau Elisabeth Wege (CDU) wollte wissen, ob inzwischen genau feststehe, wo die Kindergartengruppen untergebracht werden für den Zeitraum der Sanierung des Kindergartengebäudes und wie sich das für die Vereine darstelle.

Bürgermeister Muth antwortete, dass er diese Frage derzeit nicht konkret beantworten könne, auch hierfür müsse die Submission durchgeführt sein, um dann über einen Zeitplan sprechen zu können. Derzeit würden verschiedene Lösungsmöglichkeiten ausgearbeitet, wo die Kinder und die Erzieherinnen während der Bauphase, etwa 2 bis 3 Monate, untergebracht werden könnten.

Bei jeder möglichen Unterbringung müssen auch die zuständigen Fachbehörden ihre Zustimmung geben. Für die Zeit der anderweitigen Unterbringung sei auch eine veränderte Betriebserlaubnis notwendig. Sollten die Vorschläge der Gemeinde akzeptiert werden, werde hinsichtlich der Benutzung des Bürgerhauses keine Einschränkung für die Vereine und sonstige Nutzer erfolgen. Definitiv könne das aber derzeit nicht zugesagt werden. Das Bürgerhaus Niederwalgern sei zumindest eine Option für die Unterbringung von 2 Gruppen. Die dritte Gruppe könnte dann im Evangelischen Gemeindehaus untergebracht werden. Der Kirchenvorstand habe hier bereits seine Zusage erteilt. Aus den vorgenannten Gründen habe jedoch auch an Herrn Pfarrer Drusel bisher keine konkrete Aussage erfolgen können.

Die Nutzer der Bürgerhäuser seien vorsorglich informiert über das, was geplant sei, ob es allerdings zu Nutzungseinschränkungen oder Ausfällen kommen werde, könne zum derzeitigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Sobald nähere Informationen vorlägen, werde diese weitergegeben.

Herr Gunter Heuser (FDP) wies darauf hin, dass die traditionellen Karneval- und Theatervereine selbstverständlich auch eine Planungssicherheit haben müssten. Hier sollte in jedem Fall eine Ausweichmöglichkeit geschaffen werden. Die Unterstützung durch den Bürgermeister wurde zugesagt.

- c) Frau Krantz (CDU) nahm Bezug auf die Veranstaltung am 31. Oktober 2009, wo die Besichtigung des Ruheforstes in Laubach stattfand. Sie möchte wissen, wie nun das weitere Vorgehen geplant sei.  
Bürgermeister Muth antwortete, dass er noch am gleichen Nachmittag mit der Familie von Heyd Wolff gesprochen habe. Der Gemeindevorstand werde in der nächsten Sitzung die Angelegenheit weiter beraten.
- d) Hans-Heinrich Schmidt (FBW) bezog sich auf den gesperrten Fahrradweg im Bereich „Hofacker“ in Niederweimar. Stehe fest, wie lange die Sperrung noch notwendig sei? Gerade in der dunklen Jahreszeit sei es für Fahrradfahrer unter Umständen gefährlich, die Landesstraße zwischen Wenkbach und Niederweimar zu nutzen.  
Bürgermeister Muth antwortete, dass ihm ein genaues Datum der Aufhebung der Sperrung nicht bekannt sei, die fortschreitenden Bauarbeiten ließen jedoch vermuten, dass es nicht mehr sehr lange dauern könne.
- e) Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass ihre Fraktion ebenfalls wissen möchte, wie es mit dem Bestattungswald in Oberweimar weitergehe. Sie wolle wissen, wo es derzeit bezüglich der Entscheidungsfindung noch zu klärende Fragen gebe. Nach Meinung ihrer Fraktion sollte die Angelegenheit nun zügig vorangetrieben werden und man nicht so lange warten, bis andere Kommunen hier vorweg entsprechende Entscheidungen für die Einrichtung eines Friedwaldes oder Ruheforstes treffen.  
Bürgermeister Muth antwortete, dass man, auch im Hinblick auf eine gewisse Dringlichkeit, dem Gemeindevorstand die Möglichkeit der intensiven Beratung und Abwägung geben müsse. Insofern wolle er hinsichtlich des Zeitfensters und der Sachentscheidung dem Gemeindevorstand nicht vorgreifen. Er selbst würde sich freuen, wenn bereits in der nächsten Ausschusssrunde eine Beratung stattfinden könne.

## 11. Verschiedenes

- a) Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) sprach den Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage an und führte aus, dass der Zeitpunkt des Berichtes seiner Fraktion missfalle. Seine Fraktion möchte daher, dass zukünftig sowohl im Mai als auch im September dieser Bericht vorgelegt werde. Diesbezüglich werde seine Fraktion im Januar einen entsprechenden Antrag im Parlament einbringen. Der Zeitpunkt der Vorlage des Berichtes mache so keinen Sinn, wenn zum gleichen Zeitpunkt bereits der Nachtrag zum Haushalt vorgelegt werde und man keine Möglichkeit mehr habe, auf den Bericht im Hinblick auf den Haushalt zu reagieren.  
Bürgermeister Muth führte hierzu aus, dass dieser Antrag natürlich das Recht der Fraktion sei. Die Gemeinde sei nach seiner Kenntnis überhaupt erst die 3. Kommune neben Biedenkopf und Münchhausen, die einen solchen Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage erstellt und vorgelegt hätte. Konsequenter Weise sollte aber dann bereits im Dezember der Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet werden.
- b) Hans-Heinrich Schmidt (FBW) nahm Bezug auf einen Sachverhalt, der bereits, wie er sagte, einige Wochen zurückliege.  
Thema sei die Aufstellung der Glascontainer im OT Wenkbach gewesen. In einem Pressebericht vom 05.09.2009 habe der Bürgermeister ihn in seiner

Eigenschaft als Ortsvorsteher des OT Wenkbach der Lüge bezichtigt und ihm empfohlen, keine Lügen in die Welt zu setzen. Dies könne er so nicht stehen lassen. Tatsache sei, dass die Angelegenheit mit den Glascontainern bereits seit Monaten hochgespielt werde. Der Ortsbeirat Wenkbach habe mehrmals einstimmig den Beschluss gefasst, die Container am jetzigen Standort zu belassen. Er möchte die ganze Sache aber nicht mehr im Detail wiederholen. Wichtig sei, dass ein Schreiben an einige Anwohner der Dorfstraße auf Anordnung des Bürgermeisters verschickt wurde. Dieses Schreiben wurde vom I. Beigeordneten unterschrieben, da sich der Bürgermeister im Urlaub befand. Die Anweisung, diesen Brief zu schreiben, kam nicht vom I. Beigeordneten, sondern vom Bürgermeister. Auch wurde die ganze Sache mit dem Standort der Glascontainer nicht vom Ortsvorsteher hochgespielt. Er habe nicht gelogen und habe auch keine Lügen in die Welt gesetzt. Umso befremdender fände er es, wenn der Bürgermeister den Ortsvorsteher als Lügner öffentlich bezeichnet und in der Presse behaupte, er habe nichts gegen den jetzigen Standort, aber in der Stellungnahme zum Ortsbeiratsprotokoll vom 21.09.2009 den Ortsbeirat erneut bat, zu prüfen, welche Alternativstandorte in Frage kämen. Es sei schon eine schlimme Sache, wenn sich ein Bürgermeister zu solchen Äußerungen herablasse, obwohl er genau wisse, dass er dieses Schreiben veranlasst habe. Er fordere den Bürgermeister auf, sich vor diesem Gremium und der Öffentlichkeit zu entschuldigen und den Ausdruck Lügner zurückzunehmen.

Bürgermeister Muth antwortete, dass er es bedauere, dass der Ortsvorsteher nicht den direkten Weg und die direkte Kommunikation gesucht habe. Er habe diese Stellungnahme abgegeben, die dann auch veröffentlicht wurde. Er sei froh, dass das heute angesprochen werde, da bislang keine passende Gelegenheit gewesen sei, die Sache unter Männern und unter 4 Augen zu besprechen.

Es sei verwaltungsintern über die Standorte der Glascontainer diskutiert worden. Er sei felsenfest davon überzeugt gewesen, dass als Alternativstandort zu dem Standort am Friedhof der ehemalige Friedhof in Richtung Bahngleise angesprochen worden sei. Er habe zu keiner Zeit im Hinterkopf gehabt, dass verwaltungsintern über ein Schreiben gesprochen worden sei, das die Anlieger bekommen sollten, da der Standort Bürgerhaus für ihn völlig aus der Diskussion gewesen sei. Die einzige Alternative im alten Ortskern wäre der Standort an der Bahn. Er habe im Nachgang, geraume Zeit später, nachdem dieses Thema in der Presse diskutiert wurde und das zu deutlichen Wellenschlägen geführt habe, festgestellt, dass der Ortsvorsteher Recht hatte. Es sei angesprochen worden, ob es Sinn machen würde, Anlieger anzuschreiben. Ihm sei nicht bekannt gewesen, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem das Thema in der Presse war, ein solches Schreiben unterwegs war, das der I. Beigeordnete es in seiner Vertretungszeit unterschrieben habe. Wenn er dies zusammenfasse, dann müsse er sagen, dass es ihm Leid tue. Er sei auf einem völlig falschen Dampfer gewesen. Er habe im Bewusstsein der Sachlage, die er gerade geschildert habe, sich sehr geärgert über die Ausführungen, die dort getroffen worden seien. Er bat Herrn Schmidt, seine Entschuldigung anzunehmen. Er habe Recht, es ist in der Verwaltung so besprochen worden. Es täte ihm Leid.

- c) Herr Steiß (CDU) erklärte, dass er es nicht versäumen wolle, an dieser Stelle dem stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und

Wirtschaftsausschusses Danke zu sagen dafür, dass er ihn mehrfach als Vorsitzender des HFWA vertreten habe, wenn er terminlich verhindert war.

d) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, gab folgende Termine bekannt:

- 15.11.09 Volkstrauertag
- 22.11.09 Spielzeugbörste des Fördervereins Kinder u. Jugendliche.
- 24.11.09 Bürgerversammlung, ab 19.00 Uhr, Bürgerhaus Niederweimar
- 28.11.09 Weihnachtsmarkt im OT Niederwalgern
- 06.12.09 Weihnachtsmarkt Rathaus
- Bürgermeister Muth wies auf den bereits genannten Termin 28.05. bis 31.2010 hin, wo in der Partnergemeinde Slupca in Polen ein Feuerwehrfest gefeiert werden solle. Interessierte können sich in der Verwaltung anmelden. Evtl, das müsse aber noch geklärt werden, könne dann auch die Übergabe der beiden Feuerwehrfahrzeuge erfolgen.
- 07.12.09 Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses
- 08.12.09 Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses
- 09.12.09 Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport
- 17.12.09 Jahresabschlusssitzung der Gemeindevertretung im OT Wolfshausen, 19.00 Uhr, mit anschließendem Essen im Bellevue.

Ende der Sitzung: 22.40 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

( Heijo Hoß )

( Rita Rohrbach )